

Antrag

Hiermit beantrage ich, das angehängte Dokument als Positionspapier der Piratenversammlung am 11. November 2011 vorzulegen und über nachfolgende Fragen ab zu stimmen.

Fragen

- Bist du für dieses Positionspapier?
- Soll die Piratenpartei Schweiz eine Position basierend auf diese Papier fassen?

Begründung

Die Piratenpartei ist eine Zukunftsorientierte Partei. Energie ist ein Thema was in der Zukunft immer wichtiger wird, da immer mehr davon aufgewendet werden muss um alle Maschinen und Computer zu betreiben. Energie darf nicht zu einem Luxusgut werden und soll zukünftige Generationen nicht einschränken. Aus diesem Grund sollte die Piratenpartei Schweiz eine klare und zukunftsorientierte Haltung und Position im Bereich Energie vertreten.



Die Piratenpartei Schweiz steht für eine zukunftsorientierte und ungefährliche Energiegeverwertung mit jeglichen Technologien, als auch für das Recht und die Freiheit jedes einzelnen, diese auch in Zukunft nicht reguliert zu beziehen. Die Piratenpartei Schweiz fordert eine strikte Förderung der internationalen Forschung unter OpenData und wenn notwendig der Verletzung von Patente. Ausserdem ist die Piratenpartei Schweiz für eine strikte Regulierung vergänglicher Energie formen und Rohstoffe und deren Verwendung in Gebieten, in welchen sie nicht wiederverwendbar sind.

- Energieverbrauch soll vom Individuum verringert werden, aber nicht durch staatliche Forderungen und Gesetze.
- Der Handel mit Energie papieren soll untersagt werden.
- Die Forschung an neuen und bestehenden Energie arten muss gefördert werden.
- Forschungsergebnisse müssen unter OpenData stehen, Patente dürfen verletzt werden.
- Forschung soll global/weltweit und nicht nur lokal in der Schweiz gemacht werden.
- Atomenergie in der heutigen Form ist zu verbieten, jedoch soll die Türe für neue Verfahren mit beherrschbarem Risiko und ohne hochgefährliche Abfälle offen bleiben und auch in diese Richtung geforscht werden können.
- Das verbrennen von fossilen Stoffen ist schnellstmöglich zu unterlassen.
- Alternative Energien dürfen nicht durch Lobbys oder Patente unterdrückt werden.
- Alternative Energien sollen aktiv gefördert werden, im Bauwesen und an allen anderen Orten.
- Es braucht neue Kennzahlen für den kompletten Energieverbrauch, von der Rohstoffgewinnung bis zum Recycling.



- Die Lebenszeit muss in der Energiebilanz enthalten sein um geplante Obsoleszenzen zu verhindern.
- Landschaftsbild und Heimatschutz dürfen alternative Energiegewinnung nicht verhindern.
- Die Infrastruktur zur Energieförderung muss durch den Staat verwaltet werden und darf nicht privatisiert werden.
- Elektronische Zähler müssen die Privatsphäre des Bezügers achten und diesem alle Daten zur Verfügung stellen.



1 Allgemein

Die Verwendung von Energie muss zukunftsorientiert und darf nicht trend- oder sogar lobbygesteuert sein. Der moderne Mensch nutzt immer mehr Geräte, Fortbewegungsmittel und braucht immer mehr Wohnfläche, dennoch ist in der Schweiz im Durchschnitt vom einzelnen Bürger im Zeitraum von 2000 bis 2009 nicht wirklich mehr Energie verbraucht worden¹. Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu geniessen, da die ganzen Verbote und Verbrauchsmaxima sowie Energiegütesiegel etc. genau in dieser Zeitperiode eingeführt wurden. Ohne diese wäre wohl ein deutlicher Mehrverbrauch pro Kopf angefallen, wie dies seit dem Beginn der Datenerhebung der Fall ist.

Dieser seit Anbeginn der Menschheit andauernde Prozess wird sich durch die immer mehr verwendeten und immer häufiger vorkommenden Gerätschaften und Gadgets auch in Zukunft kaum ändern und wird sich schon gar nicht minimieren oder eindämmen lassen. Heutzutage sind die verwendeten Geräte meistens immer eingeschalten oder im StandBy-Modus², da wir immer öfters und vor allem schneller auf Informationen zugreifen wollen, immer schneller von A nach B reisen wollen und auch zu Hause lieber immer die gleichen klimatischen Bedingungen vorfinden wollen, auch wenn wir mal ungeplant nach Hause kommen. Zusätzlich werden an allen möglichen Stellen immer mehr Computer verbaut und in Betrieb genommen, so dass wir immer mehr Informationen und diese auch immer schneller an und über diverse Stellen empfangen und weiterverarbeiten können. Sei dies nun ein Kühlschrank, eine automatisierte Haussteuerung oder einfache Zusatzinformationen welche wir während einem Stadtbummel oder in einem Museum vor Ort abfragen können.

Die Individuellen Bedürfnisse der einzelnen Personen dürfen nicht auf Grund der momentanen anstehenden Energieprobleme³ beschränkt werden, weder durch gesetzliche Vorschriften bezüglich eines Durchschnittsverbrauches⁴ noch durch staatliches Aufzwingen von Energie sparenden Produkten wie Energiesparlampen⁵. Energie soll nicht durch das schlechte Gewissen, sondern durch technische und wissenschaftliche wie auch statistisch bewiesene Verbesserungen eingespart werden.

¹Laut dem Bundesamt für Statistik[2] ist der Verbrauch von Elektrizität in der Schweiz seit 2000 (Bei einer stetigen Zunahme der Bevölkerung von ca. 50'000 pro Jahr[3]) stabil schwankend zwischen 1'200'000 TJ und 1'800'000 TJ (TJ = Terrajoule; 1 TJ = 278 MWh).

²Moderne Geräte verbrauchen im StandBy-Betrieb zwar sehr wenig Energie, durch die immer grössere Anzahl steigt jedoch auch die Summe.

³Atomatorium und Forderung zur Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke sowie die Forderung nach „sauberem“ Ökostrom welcher jedoch noch Mangelware ist meistens nur regional/zeitlich begrenzt anfällt.

⁴Die angestrebte 2000 Watt Gesellschaft, oder 1000-1500 Watt wie dies in gewissen Regionen im Kanton Zürich gefordert wird.

⁵Verbot von Glühbirnen[1] mit mehr als 30 Watt und Förderung von Energiesparlampen welche vielfach bei der Herstellung und dem Recycling erheblich mehr Energie benötigen sowie als Sondermüll entsort werden müssen.



Die Energie wird für den einzelnen Menschen, und somit für die Gesellschaft, ein immer wichtigeres Gut; Mit den momentanen Gewinnungsmechanismen und Tendenzen jedoch ein immer rareres. Die aktuellen Gewinnungsmethoden greifen zudem stark in die Freiheiten der jetzigen Generationen und durch die erzeugten Abfälle eventuell noch stärker in diejenigen der zukünftigen ein. Die Piratenpartei hat diese Tendenz erkannt und sieht, dass sich ein vehementes dagegen wehren und stemmen nicht zum Ziel führt, sondern dass dieser Trend unterstützt und frühest möglich, also jetzt, zum positiven gewandelt werden muss. Energie darf kein Luxusgut sein, es müssen kostengünstige und einfache Wege gefunden, angewendet und erforscht werden, um Energien jeglicher Art zu fördern und zu nutzen.

1.1 Forderungen

- Energie muss kostengünstig und uneingeschränkt allgemein verwendbar sein, auch bei steigendem Verbrauch.
- Keine künstlichen Beschränkungen durch Vorschriften.
- Zukünftige Generationen dürfen nicht vorbelastet werden.

2 Sicherheit, Ressourcen und Abfälle

Bei der Energiegewinnung muss besonders darauf geachtet werden, dass der Mensch die angewandte Technologie vollumfänglich⁶ beherrscht.

Weder als Endprodukt noch bei der Gewinnung und der Aufbereitung benötigter Rohstoffe dürfen Stoffe verwendet werden oder anfallen, welche nicht vollumfänglich und innerhalb eines tragbaren Zeitrahmens unschädlich für den Mensch und die Umwelt abgebaut werden können. Der Einsatz gefährlicher Stoffe muss soweit abgesichert werden, dass diese nicht durch Systemausfälle oder menschliches Versagen unkontrolliert in die Umwelt gelangen können. Energie darf nicht auf Kosten der Freiheit und Gesundheit von Menschen aus anderen Ländern geschehen gewonnen oder verwendet werden, wie dies zum Beispiel bei der Herstellung von Bio-Ethanol (wofür teilweise Mais in Drittweltländern angebaut wird) oder auch der Gewinnung und Aufbereitung von Uran⁷ oder anderen Erzen der Fall ist. Es darf ebenso nicht sein, dass die heutigen und auch kommenden Generationen Abfälle erzeugen, Rohstoffe wie Erdöl und Metalle verschwenden oder die Lagerung von Rohstoffen respektive Endprodukte

⁶Vollumfänglich bedeutet in diesem Falle, dass alle bekannten Probleme und Faktoren berücksichtigt und Gefahren höchstmöglich eingeschätzt und eingeschränkt werden.

⁷Kontaminierung durch die Strahlenbelastung und Staub in den Minen, uralte dieselbetriebene Transporter und Bagger, etc.



Schaden anrichten (können), nur weil die Menschheit diese momentan noch nicht effizient zu nutzen oder zu fördern weiss.

Seltene Ressourcen⁸ dürfen nicht sinnlos verschwendet werden, weder bei der Gewinnung noch bei der Aufbereitung, der Entsorgung oder dem Betrieb von Energielieferanten.

Die Energieproduktion wird in Zukunft nach Risiken evaluiert. Bei gefährlichen Technologien müssen die Betreiber in Zukunft Kostenfolgen für Aussen stehende uneingeschränkt übernehmen und vollständige Garantien bereitstellen. Im Fall von zum Beispiel AKWs umfassen diese Kostenfolgen sowohl die Entsorgung der Abfälle wie auch mögliche Katastrophenfolgen. Gefährliche Abfälle werden von einer staatlichen Unternehmung entsorgt. Falls günstigere und sichere Entsorgungsmöglichkeiten im Ausland existieren, werden diese genutzt. Für die Umsetzung der neuen Energiepolitik wird ein unabhängiger Energieregulator geschaffen. Umweltverbände und die Industrie schlagen je 50% der Kommissionsmitglieder vor und der Präsident wird einstimmig gewählt. Die bestehenden Lizenzen sind mittels einer Volksinitiative abzuerkennen und werden wo möglich vom unabhängigen Regulator neu vergeben.

2.1 Forderungen

- Jegliche Technologien zur Gewinnung einer Energie muss vollumfänglich beherrschbar sein.
- Rohstoffe und andere Materialien dürfen nicht verschwendet werden nur weil wir diese (noch) nicht zu nutzen wissen und nicht zurückgewinnen können.
- Energieproduktion wird nach Risiken evaluiert und durch (vollständige) Kostenrechnungen belegt.
- Gesetzliche Verankerung des Grundsatzes, dass Betreiber für alle möglichen Kostenfolgen aufkommen müssen und dass diese garantiert werden.

3 Effizienz

Der Energieverbrauch soll weitmöglichst vermindert, keinesfalls aber durch gesetzliche Verbote erzwungen werden. Es sollen Anreize geschaffen werden, dass die Hersteller und Konsumenten

⁸Zu den Seltenen Erdenmetalle gehören chemische Elemente der dritten Gruppe, deren bekannte Vorkommen heutzutage zu mehr als 90% - 95% gefördert und aufgebraucht sind. Die Gewinnung ist in den meisten Fällen relativ aufwendig und nur unter Einsatz von extrem giftigen Chemikalien möglich. Der Einsatz von einigen dieser seltenen Erdenmetalle ist in der Mikroelektronik und z.B. dem Bau von Computern und Energiesparlampen notwendig und nicht mehr weg zu denken. Leider ist jedoch die Rücklaufquote beim Recycling sehr gering und vor allem sehr ineffizient, was diese Metalle zu einem raren Gut macht.



freiwillig auf Energie sparende Geräte umsteigen, Heizkosten durch neue Wärmedämmungen einsparen und auch in der Mobilität⁹ weniger Energie verbrauchen. Bei neuen Geräten ist darauf zu achten, dass diese sowohl bei der Herstellung, wie auch während dem Betrieb, dem StandBy und bei der Entsorgung nicht übermässig viel Energie aufwenden.

Der Energieverbrauch muss als ganzes betrachtet werden, so ist Beispielsweise nachgewiesen, dass die alten Glühbirnen in den kalten Jahreszeiten einen erheblichen Teil zur Erwärmung der Wohnräume beitragen, was die neuen Sparlampen nicht mehr machen und somit nun diese Energie einfach durch die Heizung kompensiert werden muss, faktisch also mehr Energie aufgewendet werden muss. Bei den Glühlampen ist auch die Herstellung und vor allem auch die Entsorgung einiges effizienter als bei Energiesparlampen (siehe Kapitel Energiebilanzen auf Seite 10).

Der Energieverbrauch von Industrien darf nicht auf die Öffentlichkeit und die Privathaushalte abgewälzt werden, auch sind Energiepapiere, welche lediglich dazu dienen, den Energieverbrauch auf dem Papier zu senken, zu verbieten. Ebenso soll das Handeln mit Schadstoffen¹⁰ unterbunden werden, denn dadurch wird auf einzelne Firmen und Bereiche ein besseres Licht geworfen als vorherrscht. Anstatt Energieverbrauch und den Schadstoffaustoss finanziell rentabel zu machen durch das abwälzen von diesen auf z.B. ein Sonnenkraftwerk, soll der Rückbau und die Modernisierung von Anlagen gefördert und unterstützt werden.

3.1 Forderungen

- Verringerung des Energieverbrauches auf freiwilliger Basis.
- Keine Staatlichen Forderungen und Verbote aufgrund der Effizienz.
- Kein Handeln mit und Abwälzen von Schadstoffen auf andere in der Wirtschaft und Industrie.

4 Staatliche Förderung und Forschung

Die Erforschung von neuen und alternativen Energiequellen, wie auch die Optimierung von bestehenden Technologien, muss staatlich gefördert und der Allgemeinheit frei zur Verfügung gestellt werden. Die Energieherstellung und Erforschung darf nicht durch Patente oder andere gesetzliche Verbote beeinträchtigt oder verhindert werden. Bei der Erforschung von eventuell

⁹Bei der Mobilität ist sowohl der Individual- wie auch der Öffentliche-Verkehr gemeint.

¹⁰Die Privatwirtschaft kann an speziellen Schadstoff-Börsen ihre Kontingente verkaufen und somit anderen Firmen, welche extreme Umweltbelastung verursachen, gute Zahlen bescheren.



gefährlichen Methoden und Prozessen sollen staatliche Richtlinien und Protokolle für ein höchstmögliches Mass an Sicherheit für die Forscher, deren Angehörigen sowie der ganzen Bevölkerung geschaffen werden¹¹.

Die Schweiz soll nicht im Alleingang forschen, sondern auf die Forschungen, Resultate, die Ressourcen und das Wissen auf der ganzen Welt zurückgreifen. Auch wenn die so erhobenen Daten nicht 100% frei zugänglich sind oder durch Patent anderer Länder geschützt sind, sollen diese verwendet und frei publiziert werden. Energiegewinnung und Forschung darf nicht durch Patente oder fehlende Gelder beeinträchtigt werden. Die Forschung zur alternativen Energiegewinnung darf nicht durch eine Lobby (wie Öl oder Atom) gebremst jedoch auch nicht anderen Technologien gegenüber bevorzugt behandelt werden. Fördergelder aus der Privatindustrie wie auch dem Staat müssen zentral verwaltet und verteilt werden. Mehr zu dieser Thematik wird im Positionspapier zu OpenData der Piratenpartei Schweiz gesagt.

4.1 Forderungen

- Erforschung und Optimierung von neuen und bestehenden Energien ist international zu fördern, auch alternative Atomenergie-Konzepte.
- Die Forschung unterliegt dem Prinzip von OpenData, sie darf Patente verletzen sollte wenn möglich jedoch frei von Patenten sein.
- Forschung darf nicht durch Lobbyismus oder Anderes beeinflusst werden, Gelder sind öffentlich zu verwalten.

5 Atomenergie

Die Art und Weise, wie die heutigen Kernkraftwerke Energie z.B. aus Uran gewinnen, sowie die Tatsache dass Abfälle produziert werden, welche hoch gefährlich sind und nicht innerhalb eines tragbaren Zetrahmens¹² unschädlich gemacht werden können, sollen nicht unterstützt werden. Alternative Modelle, welche die gesetzten Bedingungen einhalten, sollen jedoch erforscht und, wenn praktikabel, auch eingesetzt werden können. Eventuelle Abfälle, welche aufbereitet und wiederverwendet werden können, sollen weitestgehend wieder verwendet und nicht verboten

¹¹Katastrophen wie Tschernobyl, Fukushima, Reaktor Lucene in der Schweiz, marode Endlager in Deutschland[4], etc.

¹²Das anfallende Iod-Isotop hat beispielsweise eine Halbwertszeit von 15.7 Millionen Jahren, wird aktiv von lebenden Organismen aufgenommen und fördert massive Fehlbildungen bei Schwangerschaft wie auch Krebs bei Erwachsenen. Eine Halbwertszeit von 15.7 Millionen Jahren bedeutet, dass sich die Strahlung innerhalb von diesem Zeitraum halbiert. Kurze Halbwertszeiten beeinflussen den lebenden Organismus kurzzeitig stärker, wohingegen lange Halbwertszeiten eher längerfristige Schädigungen hervorrufen.



werden¹³. Ein aktuelles Kernkraftwerk in Kombination mit einer anderen Technologie, welche die Abfallstoffe dieser durch anderweitige Nutzung „unschädlich“ macht¹⁴, ist demzufolge nicht ausgeschlossen.

5.1 Forderungen

- Kernkraftwerke in der heutigen Form sind schnellstmöglich ab zu schalten.
- Neue Technologien sind zu unterstützen wenn die Sicherheit gewährleistet werden kann.
- Es darf keine momentane und zukünftige Verseuchung/Verschmutzung stattfinden, Atom Müll muss neutralisiert und nicht „Endgelagert“ werden.
- Sofortige Aberkennung aktueller AKW Lizenzen, notfalls durch eine Volksinitiative (siehe Sicherheit, Ressourcen und Abfälle auf Seite 4).

6 Fossile Brennstoffe / Erdöl

Das verbrennen von fossilen Stoffen ist schnellstmöglich zu unterlassen. Es entstehen dabei Gase und andere Fremdstoffe, welche nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Menschen schaden können und somit die Freiheit des einzelnen Individuums beschränkt. Erdöl ist zudem ein wichtiger Rohstoff im Bereich der Kunststoffe und in diesem Bereich wesentlich wichtiger als bei Heizstoffen oder der Fortbewegung. Ölheizungen sollen schnellstmöglich ausgemustert werden, Kerosin-, Benzin- und Diesel betriebene Antriebsaggregate durch andere Energien ersetzt werden.

Die Erforschung von alternativen Energien, Modellen und Technologien zur Fortbewegung und dem Transport muss aktiv gefördert werden und darf nicht durch Patente geschützt werden, sondern muss der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden (siehe Positionspapier zu Open-Data der Piratenpartei Schweiz). Aktuell zeigt die Richtung beim Transportwesen eher in die Richtung von Elektromotoren, welche schon heute einen erheblich besseren Leistungskoeffizienten aufweisen als Verbrennungsmotoren. Die heutigen Kombinationen von Verbrennungs-

¹³Die Schweiz liess ihre ausgebrannten Brennstäbe im nahen Ausland (La Hague und Sellafield, Frankreich) wieder aufbereiten, darf diese jedoch nicht mehr importieren aufgrund der Volksabstimmung vom 18.05.2003[6]

¹⁴Theoretische Konzepte wie der Rubbiatron wandeln langlebige Radionuklide in kurzlebige weniger toxische Nuklide um und können so die Gefährlichkeit erheblich verringern. Ein solcher Forschungsreaktor ist in Belgien geplant mit Baubeginn 2015.



und Elektromotoren (Hybrid), mit Ausnahme des Seriellen Hybrides¹⁵, sind weder Leistungs noch Verbrauchs technisch vertretbar sondern lediglich für das schlechte Gewissen der Menschen. Fahrzeuge wie auch Kraftstoffe unterliegen ebenfalls den in Kapitel Energiebilanzen auf Seite 10 neuen Kennzahlen sowie deren publizierung und eventuelle Besteuerung.

6.1 Forderungen

- Verbrennen von fossilen Stoffen ist schnellstmöglich zu unterlassen.
- Die Forschung und Produktion von alternativen Antriebsagregaten muss explizit gefördert werden.
- Hybride Antriebs formen die nur dem schlechten Gewissen dienen, sind nicht zu fördern.

7 Erneuerbare und Alternative Energien

Die Erforschung von neuen und die Optimierung von aktuellen erneuerbaren und alternativen Energien muss staatlich gefördert werden und wird begrüsst. Die Gewinnung von Energie aus Lebensmitteln oder anderen Lebenswichtigen Rohstoffen sowie deren Kontamination und Beeinflussung muss vermieden werden. Energiegewinnung darf nicht die Freiheit eines einzelnen und erst recht nicht die einer Gemeinschaft beeinflussen oder gar unterdrücken respektive gekauft werden.

Wo auch immer die Möglichkeit zur Gewinnung von erneuerbaren Energien besteht, muss dies gefördert und auch gefordert werden. Dies kann beispielsweise eine Auflage sein, dass für neue Liegenschaften eine möglichst grosse Dach- und Wandfläche konzipiert werden muss, welche die Sonnenseiten abdeckt, oder die Förderung der Gas- und Wärmeaufbereitung bei Landwirtschaftsbetrieben, Einhaltung von Minergiestandards bei Neu- und Umbauten, Einsatz von Wärmepumpen und vieles andere. Eine Nichteinhaltung solcher Standards darf jedoch weder mit Strafen noch mit anderen Auflagen belegt werden und bestehende Auflagen¹⁶ müssen überdenkt und überarbeitet werden.

¹⁵Der Serielle Hybrid, auch Direkthybrid genannt^[5], beinhaltet einen extrem leistungsschwachen Benzinmotor, welcher lediglich für das Aufladen der Akkus zuständig ist und somit nur als „Notstromaggregat“ betrachtet werden kann.

¹⁶Beispielsweise die Förderung von erneuerbaren Energien wie Holz jedoch der gleichzeitigen Einschränkung des Einbau mehrerer auf dem gleichen Rohstoff basierenden Heizungen (Holzscheitheizung und Pelletheizung zusammen), auf Grund der zu hohen möglichen Schadstoffproduktion durch eine einzelne Rohstoffart.



7.1 Forderungen

- Die Forschung an alternativen Energien und Optimierung bestehender muss gefördert werden.
- Energiegewinnung darf nicht die Gesundheit und Freiheit eines einzelnen oder die einer Gruppe beschränken.
- Neu- und Umbauten müssen mit Auflagen belegt werden für die mögliche zukünftige Nutzung von alternativen Energien.
- Neu- und Umbauten müssen beim Einsatz von alternativen/erneuerbaren Energien unterstützt werden.

8 Energiebilanzen

Eine Energieart oder ein Gerät darf nicht wegen Kostengründen besser dargestellt werden als andere. Bei der Berechnung von beispielsweise der CO₂-Bilanz einer Energiegewinnungsart, muss der komplette Lebensweg soweit möglich berücksichtigt werden. Das fängt an bei der eventuellen Suche nach Rohstoffen, der Gewinnung dieser, Verarbeitung und Aufbereitung sowie während dem Einsatz und auch bei einer anschliessenden Lagerung oder Entsorgung von Endprodukten. Zu berücksichtigen sind dabei alle Umwelt technischen Faktoren wie auch die Endlagerung von Abfällen und deren möglichen Auswirkungen. Es reicht nicht, nur diejenigen Faktoren, welche zum aktuellen Zeitpunkt in den Medien am meisten diskutiert werden, anzugeben oder zu erwähnen. Dies gilt ebenso bei der Herleitung von Bilanzen bei Geräten welche aktuell eine solche Energiebilanz aufweisen (wie beispielsweise Kühlschränke, Autos, Waschmaschinen, etc.) wie auch bei allen anderen welche noch keine solchen Energiebilanz besitzen. Die Laufzeit wie auch die Rezyklierbarkeit muss ebenfalls mit in eine Energiebilanz eingerechnet werden, so dass eine geplante Obsoleszenz oder schlichte Wegwerfartikel nicht mehr rentabel sind.

Die Herleitung von Energiebilanzen bei schwer berechenbaren Materialien und Prozessen muss aufgrund von statistischen und mathematisch korrekten und nachvollziehbaren Methoden und Daten erfolgen. Die heutigen Energie-Effizienz-Labels, welche von A+++ bis zu F reichen, sind hierfür nicht mehr ausreichend. Es muss eine neue, auf Zahlen basierende Methode, erarbeitet werden, welche die heutigen Faktoren und auch diejenigen der nahen Zukunft berücksichtigen. Die einzelnen Bereiche des Energieverbrauches müssen dabei klar deklariert werden und von den Benutzern eingesehen und abgefragt werden können, jedoch nicht im vollen Umfang auf dem Produkt deklariert sein. An Stellen, bei welchen beim Herstellungsprozess oder der Wiederaufbereitung keine klaren Energiezahlen anfallen oder berechnet werden



können, müssen statistische Zahlen hergeleitet werden, welche die Realität bestmöglich abbilden. Diese Deklarationen sind in der Lebensmittelbranche, z.B. bei der Deklaration der Herkunft und Verarbeitung von Fleischerzeugnissen und der Angabe von Inhaltsstoffen längst Realität.

8.1 Forderungen

- Es müssen neue Kennzahlen für die Berechnung von Energiebilanzen erstellt, angewendet und ausgewiesen werden.
- Die Laufzeit eines Gerätes wie auch die Herstellungs- und Recyclingenergien müssen in der Energiebilanz vorkommen.
- Abfallstoffe von der Herstellung und dem Recycling müssen in der Energiebilanz vorkommen.

9 Landschaftsbild und Heimatschutz

Das Landschaftsbild und der visuelle Schutz von Gebäuden und Regionen darf nicht über die Gewinnung und Nutzung von erneuerbaren Energien gestellt werden, sollen jedoch beachtet werden. Es darf jedoch nicht sein, dass eine Dachlandschaft eines Dorfes wichtiger ist als die Autonomie respektive die Zukunftssicherung in Sachen Energie.

Naturschutzgebiete und andere schützenswerte Naturparks sind von dieser Forderung ausgenommen und stehen explizit unter Schutz.

9.1 Forderungen

- Das Landschaftsbild ist sekundär, kann jedoch beachtet werden.
- Der Heimatschutz ist sekundär, kann jedoch beachtet werden.
- Naturschutzgebiete stehen weiterhin unter Schutz.

10 Öffentliches Energienetz, Infrastruktur

Das Netzwerk/Infrastruktur für die verschiedenen Energien (Strom, Gas, Wasser, etc.) soll komplett in staatlichen Händen sein und auch von diesem unterhalten und erweitert werden.



Dafür kann er jedoch nach Ausschreibung private Unternehmungen beauftragen oder auch bestehende Strukturen dafür privatisieren und verwenden.

Die Anbieter der Energien dürfen zu einem gewissen Prozentsatz private Organisationen sein. Der Staat/Kanton/Gemeinde darf sich jedoch nicht in eine Abhängigkeit mit einem einzelnen oder auch mehreren privaten Anbietern begeben, sondern muss jederzeit die Möglichkeit haben, die Bevölkerung - oder auch nur einzelne - vollumfänglich zu versorgen¹⁷

Die dezentralen Stromproduktion bis hin zur Produktion von einzelnen Haushalten wird in Zukunft immer mehr Gewicht erhalten. Die neuartigen Produzenten sind heute jedoch bei der Nutzung von überschüssigem Stroms vollständig vom ihrem Stromnetzmonopolbetreiber abhängig. Die Piratenpartei setzt sich für Gesetze ein, die diese Abhängigkeit minimiert und eine volle Entfaltung dieser Produktionsform ermöglicht.

Der Bezug von Energie, respektive die Verrechnung, darf keine Datenschutzprobleme aufweisen und nicht in die Privatsphäre des einzelnen eingreifen. Intelligente Energiemessgeräte wie Stromzähler/Smartmeter, welche zur Messung des Energieverbrauches genutzt werden, müssen für den Energiebezüger transparente Daten anzeigen und vom Energielanbieter nicht über ein allgemein öffentliches Netzwerk wie das Internet oder die Stromleitung abrufbar sein. Die Messgeräte dürfen aus Sicherheitsgründen auch nicht über eine Drahtlose elektromagnetische Verbindung von mehr als wenigen Zentimetern ausgelesen werden können, sondern dies soll nur vor Ort durch eine direkte Verbindung machbar sein. Alle Daten, welche ein solches intelligentes Messgerät sammelt, müssen dem Bezüger unbearbeitet zur Verfügung gestellt werden oder durch diesen selber ausgelesen werden können. Werden so erhobene Daten zu statistischen Zwecken zentral oder lokal gespeichert, muss dies anonymisiert resp. verallgemeinert erfolgen um ein nachträgliches Datamining¹⁸ zu verhindern.

10.1 Forderungen

- Die Infrastruktur für eine Grundversorgung an Energie muss komplett in staatlichen Händen bleiben.
- Die Grundversorgung von Energie muss durch den Staat abgedeckt sein, darüber hinaus darf es auch private geben.
- Dezentrale Stromproduktion von einzelnen Haushalten muss gefördert werden.

¹⁷Der Dokumentarfilm „Water makes money“^[7] zeigt anhand Frankreich eindrücklich, was passieren kann, wenn die Infrastruktur in private Hände gegeben wird und nicht mehr staatlich kontrolliert wird.

¹⁸Bei Smartmetern ist es möglich, anhand des Verbrauches gekoppelt an die Zeit, zu eruieren, wie viele Personen in einem Haushalt leben, wie viele Personen duschen und einen Föhn benutzen und sogar, welche Filme geschaut werden (Da verschiedene Szenen von Dunkel zu Hell Wechsel einen unterschiedlichen Energieverbrauch aufweisen)^[8].



- Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur kann durch private geschehen, eine Grundversorgung muss aber immer gewährleistet werden können.
- Energiezähler müssen die Privatsphäre des Bezügers schützen und alle Datenschutzbestimmungen erfüllen.



Literatur

- [1] Bundesamt für Energie, *Lampen: Effizienzanforderungen ab 2009*, 2008, <http://www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?msg-id=24490>
- [2] Bundesamt für Statistik, *Statistisches Lexikon, Kapitel 08 - Energie*, 2012, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/08/22/lexi.html>
- [3] Bundesamt für Statistik, *Statistisches Lexikon, Kapitel 01 - Bevölkerung*, 2012, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/lexi.html>
- [4] Spiegel Online, Ole Reissmann, *Müllhaufen der Atomgeschichte*, 29. August 2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/desolate-endlager-muellhaufen-der-atomgeschichte-a-645686.html>
- [5] Wikipedia: Hybridelektrofahrzeuge *Hybridelektrofahrzeuge*, 2012, <http://de.wikipedia.org/wiki/Hybridelektrofahrzeug>
- [6] Volksabstimmung vom 18.05.2003, *Eidgenössische Volksinitiative MoratoriumPlus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)*, 2003, <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis282.html>
- [7] Leslie Franke, Herdolor Lorenz, *Water makes Money*, 2011, <http://www.WaMaMo.com/>
- [8] Fachhochschule Münster (Prof. Dr.-Ing U. Greveler, Dr. B. Justus, D. Löhr MSc.), *Hintergrund und experimentelle Ergebnisse zum Thema „Smart Meter und Datenschutz“*, 20. September 2012, http://www.its.fh-muenster.de/greveler/pubs/smartmeter_sep11_v06.pdf

